

Jede Einkaufstasche besteuern

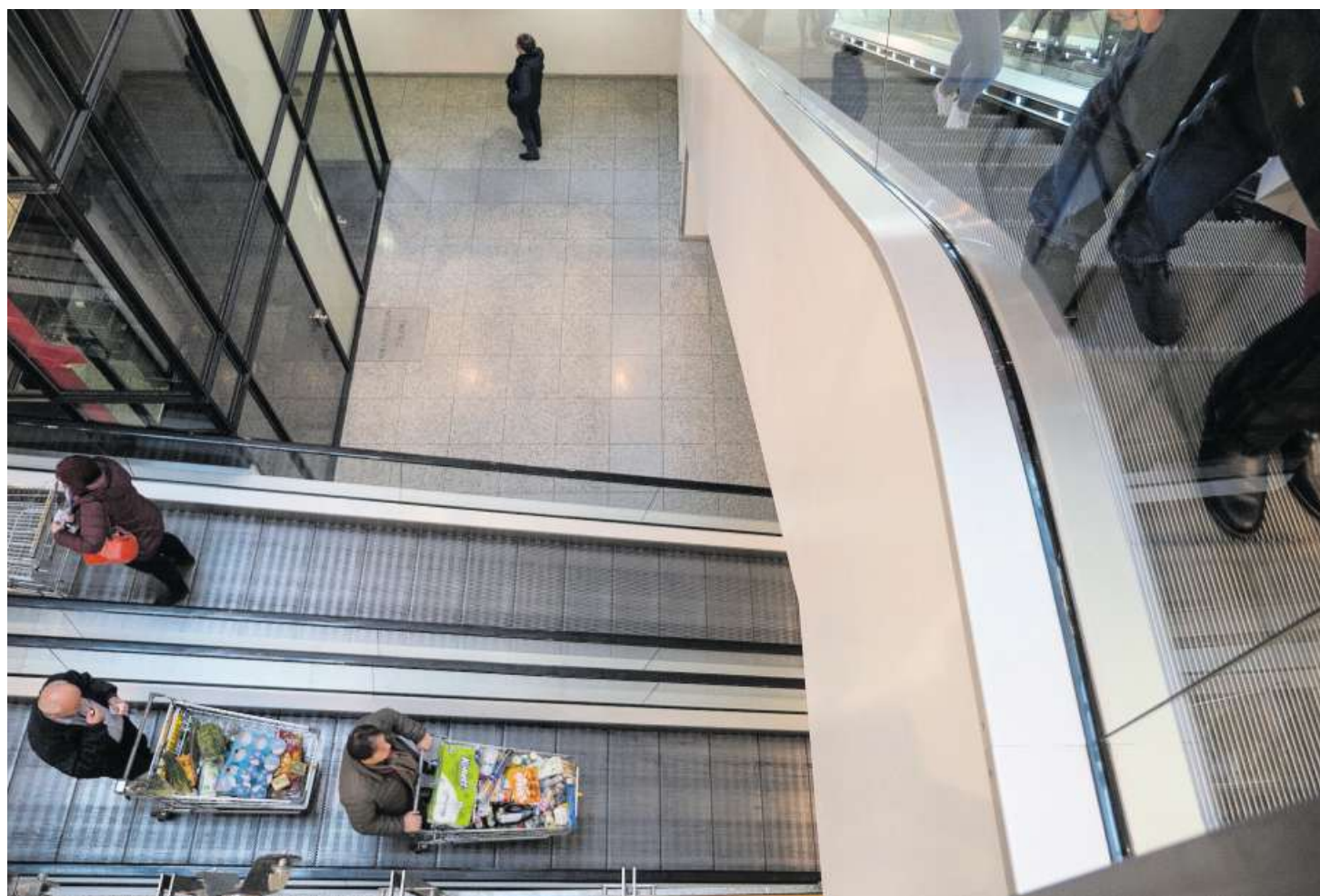
Politik Der Einkaufstourismus in Deutschland bereitet Thurgauer Politikern von links bis rechts Sorgen. Deshalb heissen sie einen Vorstoss gut, der auf die Abschaffung der Wertfreigrenze abzielt.

Sebastian Keller
sebastian.keller@thurgauerzeitung.ch

Der Thurgauer Regierungsrat wird in Bern wegen Konstanz aktiv. Die deutsche Bodenseestadt ist das Symbol für den Einkaufstourismus, der den hiesigen Detailhandel schmerzt. Die Abstimmung im Grossen Rat war so deutlich wie kaum je: 107 Parlamentarier stimmten der Erheblichkeitserklärung einer Motion zu. Damit wird der Regierungsrat beauftragt, eine Standesinitiative einzureichen. Diese verlangt eine Anpassung des Gesetzes. Wer in Deutschland einkauft, soll bei der Einfuhr in die Schweiz die Mehrwertsteuer bezahlen, sofern die ausländische Mehrwertsteuer zurückgefordert wird. Geltendes Gesetz erlaubt, dass bis 300 Franken pro Person keine Mehrwertsteuer bezahlt werden muss – weder hüben noch drüben.

«Eine riesige Tax-free-Zone wurde geschaffen»

Kurt Egger (Grüne, Eschlikon) ist der Erstunterzeichner des Vorstosses. In der Debatte sagte er: «Die Mehrwertsteuer ist eine Grundlage der Staatsfinanzierung.» Es könne nicht sein, dass einzelne Bürger Waren einkaufen, ohne einen Rappen Mehrwertsteuer zu bezahlen. Er beklagte: «Der Thurgau ist vom Einkaufstourismus besonders stark betroffen.» Deshalb gelte es, ein starkes Zeichen nach Bern zu senden. Bern, das machte schon der Regierungsrat in seiner Beantwortung deutlich, ist zwar schon auf die Problematik hingewiesen worden. «Doch nur mit permanentem Druck kann man etwas erreichen», sagte Daniel Frischknecht (Romanshorn) für die EDU-Fraktion, die einstimmig für die Motion war. Einig waren sich die Rednerinnen und Redner auch darin, dass sich Einkaufstourismus nicht verhindern



Einkaufen ennet der Grenze ist für viele Schweizerinnen und Schweizer bereits Gewohnheit.

Bild: Michel Canonica

lasse. «Aber», sagte Pascal Schmid (Weinfelden) namens der SVP-Fraktion, «man sollte ihn nicht noch staatlich fördern». Doch mit der Wertfreigrenze von 300 Franken werde genau das getan. «Mit der Einführung der Wertfreigrenze wurde eine riesige Tax-free-Zone entlang der Grenze geschaffen – grösser als Samnaun.» Auch die FDP-Fraktion stimmte grossmehrheitlich der Motion zu. «Es handelt sich beim Einkaufstourismus um ein echtes Problem für einen Teil der Thurgauer Wirtschaft», sagte Brigitte Kaufmann (FDP, Uttwil). Ueli Fisch (GLP, Ottoberg) betonte, dass die GLP/BDP-Fraktion

keine protektionistische Regelung wolle. Das verlange diese Motion aber auch nicht. «Sie schafft lediglich Steuergerechtigkeit.»

Die Verbundenheit zur Region schwindet

Wolfgang Ackerknecht (EVP, Frauenfeld) erwähnte, dass 27 Prozent aller Schweizer Einkaufstouristen nach Konstanz fahren. «Damit haben wir im Thurgau auch eine hohe Umweltbelastung», sagte er. Und auch diese will die Motion verringern, weshalb die CVP/EVP-Fraktion sie grossmehrheitlich unterstütze. Peter Dransfeld (SP, Ermatingen)

stellte gar fest, dass es «einfach geil sei, nach Konstanz zu fahren». Das liege auch mit einer schwindenden Verbundenheit mit der Region und der Nation zusammen. «Zum Leidwesen der hiesigen Detaillisten.» Als eine solche bekannte sich seine Parteikollegin Marianne Sax (Frauenfeld), die in der Kantonshauptstadt einen Bücherladen betreibt. «Ich unterstütze die Motion», sagte sie.

Volkswirtschaftsminister Walter Schönholzer (FDP) betonte, dass der Regierungsrat sehr zurückhaltend sei, wenn es um von Standesinitiativen geht. «Sie bringen in der Regel nicht viel.»

Das sei in diesem Fall anders. «Wir als Grenzkanton sind besonders vom Einkaufstourismus betroffen», sagte er. Sorgen bereitet ihm, was eine Studie der Universität St. Gallen zutage gefördert hatte: 45 Prozent aller Einkaufstouristen fahren gewohnheitsmässig ins Ausland. «Sie tun es also auch bei steigendem Eurokurs.» Das sei sehr alarmierend, Schönholzer attestierte der Standesinitiative einen «grossen Vorteil»: Die Schweiz könne sie selber umsetzen. Deutschland habe wohl kaum ein Interesse daran, das Einkaufen auf seiner Seite an Attraktivität verliere.

Kein Plastikgeld für Asylsuchende

Abgelehnt Der Thurgau muss kein Plastikgeld für Asylsuchende einführen. Die SVP ist mit dieser Forderung im Grossen Rat gescheitert. So verlangte eine Motion aus ihren Reihen, dass Asylsuchende die finanzielle Unterstützung auf einer Plastikkarte statt bar erhalten. Ein bargeldloses Zahlungssystem sollte auch für andere Empfänger von Sozialhilfe eingeführt werden. Das Ziel dahinter: Der Missbrauch von Sozialhilfegeld soll eingedämmt werden. Von Missbrauch sprechen die Motionäre etwa, wenn Asylsuchende das Geld zur Tilgung ihrer Schlepperschulden verwenden. Oder, wenn alkoholabhängige Sozialhilfebezügler ihre Sucht mit dem Geld des Staates finanzieren.

Die Thurgauer Regierung machte in ihrer Stellungnahme zum Vorstoss zwar deutlich, dass gar keine Änderung des Gesetzes notwendig sei. Dennoch sprach sie sich dagegen aus. Aus verschiedenen Gründen. So seien die ausbezahlten Beträge zu gering, um Schlepperschulden zu bezahlen. Diese Haltung wiederholte der zuständige Regierungsrat Jakob Stark in der gestrigen Debatte. Mit Erfolg. Die Mehrheit des Kantonsparlamentes teilte die regierungsrätliche Meinung: 69 Kantonsrätinnen und Kantonsräte stimmen gegen die Motion, 42 waren dafür. Neben der SVP konnte sich einzig die EDU für das Anliegen erwärmen. Alle anderen Fraktionen sprachen sich einstimmig oder grossmehrheitlich gegen ein bargeldloses Zahlungssystem aus. So wurde etwa mit Diskriminierung und Stigmatisierung argumentiert. Andere sprachen davon, dass Asylsuchende damit unter Generalverdacht gestellt würden. Eingereicht hatten den Vorstoss die SVP-Kantonsräte Hanspeter Gantenbein (Wuppenau), Walter Marty (Altshausen), Hermann Lei (Frauenfeld) und Pascal Schmid (Weinfelden). Weitere 55 Mitglieder des Kantonsparlamentes hatten ihn mitunterzeichnet. (seb.)

Neues Spital für die Kleinen

Beitrag Der Grosse Rat spricht ein Darlehen von 25,4 Mio. Franken für den Neubau des Ostschweizer Kinderspitals St. Gallen.

Das ist Finanzdirektor Jakob Stark nicht gewöhnt. Dass sich hinter einer Finanzvorlage die politischen Reihen schliessen und alle dafür sind, das Geld in die Hand zu nehmen. Geschäft hat diesen Schulterchluss im Thurgauer Grossen Rat das Ostschweizer Kinderspital (OKS) in St. Gallen. Genauer der Neubau, der für 172,5 Millionen Franken auf dem Areal des Kantonsospitals St. Gallen entstehen soll. Der Thurgauer Anteil beträgt 16,3 Prozent und wurde gestern als Darlehen von 25,4 Millionen ohne Gegenstimme gesprochen. Nach dem Ja des Kantonsparlamentes wird das Stimmvolk das letzte Wort haben. Die Abstim-

mung dürfte voraussichtlich am 23. September stattfinden. Die anderen Trägerkantone St. Gallen und beide Appenzell haben ihre Beiträge bereits gesprochen.

Für die ganze Ostschweiz unverzichtbar

Nicht nur, dass sich sämtliche Fraktionen einig waren, sie verwendeten auch dieselben Argumente. Immer wieder wurde betont, dass der Neubau des OKS Sinn mache und der neue Standort die Nutzung von Synergien zulasse. Blumen gab es auch für die medizinische Leistung des OKS und dafür, dass es ein verlässlicher Partner sei. «Das Ostschweizer Kinderspital ist für die

ganze Ostschweiz als Kompetenzzentrum und Ausbildungsort unverzichtbar», betonte etwa Hansjörg Haller (Hauptwil) namens der CVP/EVP-Fraktion. Und Daniel Frischknecht (EDU, Romanshorn) wertete das Darlehen, das kostendeckend verzinst wird und ab 2022 in 29 Jahren zurückzahlen ist, als «Akt der Solidarität gegenüber dem Nachbarkanton St. Gallen». Kritik wurde an den nicht kostendeckenden Fallpauschalen in der Kindermedizin laut. Dieses Problem müsse aber auf eidgenössischer Ebene angegangen werden.

Christian Kamm
christian.kamm@thurgauerzeitung.ch

Noch keine Lösung in Sicht

Energie Die Speicherung von Strom in Form von Gas ist ineffizient. Der Thurgau soll das Thema aber im Auge behalten.

Mit dem kantonalen Bericht zu Speichermöglichkeiten von Ökostrom sei man nicht dümmert geworden, aber auch nicht viel gescheitert. SP-Kantonsrat Peter Dransfeld (Ermatingen) brachte es auf den Punkt. Hauptaussage des Berichts, der gestern im Grossen Rat diskutiert wurde: Der Thurgau kann das Problem der Stromüberschüsse nicht mit der Umwandlung in Gas lösen. Diese Speichertechnik ist noch weit entfernt von einem wirtschaftlichen Einsatz (die TZ berichtete).

Die Regierung wird keine Technologien fördern, die für den Thurgau nicht effizient sind. Regierungsrat Walter Schönholzer sagte gestern: «Wir werden uns

aber keinesfalls dagegen wehren, wieder aktiv zu werden, wenn sich die Technologien weiterentwickeln.»

Grosses Potenzial sieht der Bericht dagegen beim Einsatz von Batterien in Solarstromanlagen und in Elektrofahrzeugen. «Die E-Mobilität müssen wir forcieren, bald kommt dazu ein Bericht in den Grossen Rat», sagte Schönholzer. EDU-Kantonsrat Peter Schenk (Zihlschlacht) gab zu bedenken, dass Batterien oft im Ausland «mafios entsorgt werden». Wolle man Batterien nutzen, müsse man sicherstellen, dass sie in der Schweiz rezykliert werden. Schenk forderte zudem von allen – Regierungsrat, Äm-

tern, Umweltverbänden – eine ermöglichende Haltung anstelle einer verhindernden. «Der Bericht nützt nur, wenn ein Umdenken stattfindet.» Es herrsche ein wenig die Einstellung: «Schön haben wir darüber geredet.»

Josef Gemperle (CVP, Fischingen) stellte die Frage in den Raum, was den Thurgau daran hindere, ein eigenes Pumpspeicherwerk genauer zu prüfen. In Schaffhausen gebe es ein kleines, das sehr gute Dienste leiste und dessen künstlicher Weiher heute als Naherholungsgebiet geschätzt werde. Schönholzer hält ein solches Werk im Thurgau kaum für möglich, verspricht aber, auch das im Auge zu behalten. (lsf)